

Der französisch-russische Ball zieht weitere Blasen.

Die Erklärung des Königs der Belgier über die Unabhängigkeit der belgischen Politik ist weiterhin Gegenstand der Presseberichtigungen in allen Ländern. Allgemein wird der hiermit vollzogene Kurswechsel sehr erfreut.

Man wird sich natürlich fragen müssen, was Belgien zu dem höchst bemerkenswerten Kurswechsel veranlaßt hat. Ein schlechter Gewissen Frankreichs hat bereits die Antwort darauf gegeben. Belgien — so schreibt der „Peit Batzen“ — sei vor allem erfreut über die Beleidigungen des französisch-sowjetrussischen Paktes. In der Tat, dieser unjelige Vertrag, der wie eine unübersteigbare Barriere die Beleidigung und Verständigung im Westen verhindert, würde für Belgien, wenn es sich jetzt auf seine eigenen Interessen und auf die Neutralität stützt, nicht berührenden internationalen Verwicklungen ausgesetzt sein. Im Zusammenhang mit der Militärkonvention vom Jahre 1919 Verpflichtungen herauftretenden, die den Bestand des Staates gefährden könnten. Des grundlegenden Wichtigsten an dem belgischen Beschuß ist, daß er die gleiche Einstellung verrät, die Deutschland zur Ablehnung des komplizierten kollektiven Sicherheitssystems veranlaßt.

Bei der Grundlage der Auseinandersetzung über die beiden Lebensinteressen zweier Staaten ist zwischen ihnen, wenn sie überhaupt guten Willens sind, immer eine Verständigung möglich. Aber die im besten Einvernehmen miteinander lebenden Völker würden unfehlbar in eine Katastrophe hineingezogen werden, wenn der Gedanke des jeden Staates, an jeder Konstitutionsmöglichkeit beteiligenden Pakts, wie Frankreich und Sowjetrußland ihn vertreten, Stilleit werden würde. Belgien hat ihm jetzt eine schiedene Absage erteilt, und das ist gut so.

Los vom unheilvollen Sowjetpakt!

Belgische Pressestimmen.

Brüssel, 16. Oktober. Mit größter Entrüstung wendet die sonst sehr franzosenfreundliche „Nation Belge“ in einem kurzen Kommentar gegen die unläufige Stellungnahme der Pariser Presse, der das Blatt entgegenhält, daß das „unheilvolle“ französisch-sowjetrussische Abkommen den Beleidigern des französisch-belgischen Paktess ihre Aufgabe besonders schwer gemacht habe. Die belgische öffentliche Meinung, die nicht einen Augenblick daran gedacht habe, auf die Beleidigung des belgischen Volkes zu verzichten, habe sich entsezt bei dem Gedanken, Belgien in einen Krieg verwickelt werden könnte, um den schönen Augen der Sowjets willen. Das seien die Beleidigungen gewesen, denen die Rude des Königs entspreche. Das große Börsenblatt „Echo de la Bourse“ sagt u. a., Ausland wisse nunmehr, daß Belgien in den Frieden und der Ruhe bleiben wolle. Belgien sei den Frieden. Es wolle nicht mehr in die Preisgestaltung und der Friedensverhandlungen der Großmächte verwickelt werden.

Heraus aus der deutschfeindlichen Koalition!

Mailand, 16. Oktober. Der „Corriere della Sera“ stellt Belgien nicht sich von der politischen und militärischen Isolation frei, in die es durch die offenen und geheimen Abmachungen mit den Regierungen und Generalstabsräumen von London und Paris geraten war. Durch das mutige seiner Bündnispartner Belgien in eine offene deutschfeindliche Koalition gezwungen worden, so daß es keine politische Freiheit besaß.

Seit Belgien die Überzeugung gewonnen hatte, daß es sei, das in dem großen diplomatischen Spiele die ersten vorteile und die Zügel rege, habe es sich entschlossen aus der Partie zu bleiben. Es gebe also ein kleines Glück, das es nicht als die höchste der Ehren betrachte, sein

Leben zur Sicherung der Macht der „grande nation“ aufs Spiel zu legen.

Die Londoner Presse über den belgischen Schritt etwas optimistischer.

London, 16. Oktober. Nach dem ersten etwas niederrückenden Eindruck, den die Rude des belgischen Königs in der Londoner Presse hinterlassen hatte, beginnt man jetzt die Angelegenheit etwas optimistischer zu werten. Vorwiegend stehen die englischen Blätter auf dem Standpunkt, daß die Auswirkungen nicht so weitgehend sein würden, wie man im ersten Eindruck angenommen hätte.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, die belgische Neutralität sei nicht so auszugeben, als ob sie die Möglichkeit von Generalstaatsverhandlungen mit anderen Ländern vollständig aus. Im übrigen hält der „Daily Telegraph“ eine Isolationspolitik Belgiens für unmöglich. Belgien könne niemals seine Sicherheit allein auf seiner Stärke aufzubauen.

Belgien hält an seinen internationalen Verpflichtungen fest.

Paris, 16. Oktober. Der Brüsseler Havas-Berater will in belgischen diplomatischen Kreisen folgende Aussicht der Rude König Leopolds erhalten haben:

Belgien denkt nicht daran, seine internationalen Verpflichtungen in den Papierkorb zu werfen. Es beachtfähige also nicht, sich vom Völkerbund zurückzuziehen. Zwischen den früheren im Locarno-vertrag enthaltenen Verpflichtungen und den Verpflichtungen des Völkerbundspaktes sei aber ein Spielraum vorhanden. Die belgische Regierung prüfe daher, wie weit sie sich festlegen sollte innerhalb der Grenzen, die einmal vom Völkerbundspakt und zum anderen von den etwa später zu übernehmenden Verpflichtungen gezogen würden, mit anderen Worten, für Belgien handele es sich einzig und allein darum, festzustellen, inwieweit es durch die Unterzeichnung eines neuen Vertrages über die Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt hinausgehen mögliche. Die diplomatischen Kreise Belgiens erklären, daß Belgien, falls es an einem neuen Vertrage nur als garantierte, nicht aber als garantierende Macht teilnehme, sich dennoch an die Völkerbundverpflichtungen gebunden halten würde und folglich nicht daran denke, die Grundsätze der kollektiven Sicherheit zu verwerfen.

Der Havas-Berater will aus diesen Erklärungen, obwohl sie nach seiner Ansicht nicht völlig eindeutig seien, den Eindruck gewonnen haben, daß Belgien eine Bündnispartei gegen einen etwaigen Angriff wünsche, jedoch ohne die Gegenverpflichtung, diesen Mächten zu Hilfe zu kommen, falls sie angegriffen würden. Was die französisch-belgischen Generalstabsabkommen anlangt, steht die belgische Diplomatie auf dem Standpunkt, daß die Frage durch den Schriftwechsel beider Regierungen vom März dieses Jahres geregelt sei und eine Annulierung nicht in Frage komme.

Reiseflug England-Neuseeland geglättet.

Die Engländer Jean Batten in Australien gelandet.

London, 16. Oktober. Die englische Fliegerin Jean Batten, die vor einigen Tagen zu einem Alleinflug England-Neuseeland gestartet war, ist am Freitagmorgen gegen 5 Uhr in Australien glatt gelandet. Australische Fachkreise hatten bei Antritt des Fluges ihre Bedenken gegen das Überfliegen des Tasmanischen Meeres geäußert. Die australischen Aufsichtsbehörden hatten sogar ein Verbot geplant, diese äußerst gefährliche Strecke zu überqueren. In letzter Minute wurde aber davon Abstand genommen, da für solches Verbot nicht ausreichend begründete Unterlagen vorhanden waren.

Daranji über das Programm der neuen ungarischen Regierung.

Budapest, 16. Oktober. Ministerpräsident Daranyi entwickelte am Donnerstag in einer geschlossenen Sitzung der Regierungspartei die weltanschaulichen Richtlinien und das Arbeitsprogramm der neuen Regierung.

Der Ministerpräsident begann seine Erklärungen mit einem Nachruf auf den verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös, und führte dann u. a. aus: Die Politik der neuen Regierung werde sozialistisch-konservativ sein. Die Regierung wolle eine Aufbaupolitik leisten, die einen Schutzwall gegen alle der ungarischen Rasse völlig fremden Kräfte, die den nationalen Organismus zerstören und den nationalen Gedanken und die christliche Weltausrichtung verleugnen, schaffen. Dies könne nur auf dem völkisch-nationalen christlichen Moralgedanken aufgebauten Politik erreichen. Die Regierung sieht es als ihre erste Aufgabe an, jetzt gleichzeitig mit der Regelung des geheimen Wahlrechts die Erweiterung der Wahlberechtigten des Reichssozialwesens wie des Oberhauses in Angriff zu nehmen.

Zur auswärtigen Politik erklärte der Ministerpräsident, daß auf diesem Gebiete keinerlei Aenderung eintreten werde. Die Wege, auf denen es gelungen sei, aus der bisherigen Isolierung herauszulommen und verlässlich aufrichtige Freunde zu erwerben, würden weiter verfolgt werden. In der inneren Politik halte es die Regierung für ihre erste Pflicht, Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Lande mit allen Mitteln aufrechtzuhalten. Die volle Strenge des Gesetzes werde diejenigen treffen, die gegen die Grundbedingungen des staatlichen und nationalen Daseins verstößen.

In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sieht die Regierung aussichtsreiche Anzeichen zur Wiederherstellung des normalen Zustandes. Die bisherige Devisen- und Kreditpolitik der Regierung werde weiter aufrecht erhalten bleiben. Von einer Abwertung der Währung sei noch wie vor nicht die Rede. Die Entwicklung der Wehrmacht werde weiter im Rahmen des Staatshaushaltes erfolgen, wobei der praktische Ausbau des Luft- und Gaswesens als besonders wichtige Aufgabe gelte.

Anarchistische Heizer erfordern Zwangsmahnahmen der französischen Regierung.

Paris, 16. Oktober. Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die Regierung eine in Paris gelegene bestreikt und von ihren Arbeitern besetzte Fabrik, die optische und Präzisionsinstrumente herstellt, beschlagnahmen werde. Diese Fabrik sei Alleinherrscherrin gewisser Instrumente, die für die Fortsetzung des Baues zweier Kriegsschiffe notwendig sind. Infolge des Streiks kann dieser Kriegsschiffbau nicht weitergehen. — In der Ministerpräsidentschaft habe man dem Berichterstatter des Blattes auf Anfrage mitgeteilt, die Regierung wünsche die Wiederaufnahme der Arbeit in der betreffenden Fabrik und werde sie mit gesetzlich zulässigen Mitteln erreichen. Als solche lämen in Frage die Abschließung der jetzt streikenden Arbeiter oder die Säuberung der Fabrik von der Streikbelebung und die Einziehung von entsprechenden Fabrikarbeitern der Arsenale. Wahrscheinlich werde man den leichteren Weg wählen. Neun Zehntel der Belegschaft des Werkes — im ganzen 1250 Arbeiter und 400 Angestellte, Techniker, Ingenieure usw., sollen übrigens arbeitswillig sein, und nur die Machenschaften von fünf anarchistischen Hezern verhindern die Wiederaufnahme der Arbeit.

Verschärfung des Streiks der Seeschiffer.

Paris, 16. Oktober. Der seit dem 21. September dauernde Streik der Seeschiffsschaffärt hat sich immer mehr verschärft und an zahlreichen Stellen zur Sperrung der Seine durch die zusammengelegten Reihen von Kähnen und Schleppern geführt. Die Pariser Behörden sollen bereits Anweisung gegeben haben, die in Frankreich versiegten und durch den Güterverkehr überall getretenen Eisenbahnanhänger in die Hauptstadt zu senden, um die Versorgung von Paris mit Treibstoffen zu sichern.

Etwas zehn Minuten vergehen, dann kommen die beiden Beamten zurück und nehmen wieder Platz.

„Wollen Sie uns nicht über den Inhalt Ihrer Unterredung mit Herrn von Karzin etwas sagen, Herr von Karzin?“

Heino zögert. „Ich sagte ja schon: es waren geschäftliche Dinge . . .“

„Besprechen Sie geschäftliche Dinge immer in großer Erregung?“ fragt der Oberstaatsanwalt. „Ich habe jeden Ihren Chauffeur befragt. Er gibt an, es müsse zwischen Ihnen zu einem Streit gekommen sein, zu einem sehr lebhaften sogar. Und nach diesem Streit hat Herr von Karloff das Zimmer in höchster Erregung verlassen.“

Heino ist aufgesprungen. „Das ist — —“ Er kennt sich. „Das ist eine Privatangelegenheit, die nicht zur Sache gehört, Herr Oberstaatsanwalt!“

„Wollen Sie die Entschuldigung, was zur Sache gehört und was nicht, nicht lieber mir überlassen?“ bemerkt Boedecker fühl. „Ich habe noch eine Frage an Sie. — Müller!“

Der Beamte von vorhin tritt ein. Er muß an der Tür gewartet haben.

„Bringen Sie die Waffe herein, Müller!“

Ein Karabiner wird auf den Schreibtisch gelegt; die Waffe hat leicht Nost angezogen und sieht blind und ungeschickt aus.

„Kennen Sie diesen Karabiner, Herr von Karzin?“ Dr. Boedecker sieht Heino scharf an.

Der nickt. „Er gehört mir. Ich habe ihn gestern nachmittag noch getragen und wollte ihn auch in der Nacht mitnehmen.“

„So — das wollten Sie also? Wollen Sie mir, bitte, erklären, wie die Waffe in den Fluß kamen? Einer der Bauarbeiter hat sie da liegen lassen und herausgebracht. Wollen Sie mir das, bitte, erklären?“

Heino schüttelt den Kopf. „Dafür habe ich keine Erklärung, Herr Oberstaatsanwalt. Ich habe das Gewehr abgelegt, als ich gegen Abend nach Hause kam. Ich habe es — bitte, warten Sie einen Augenblick! — ich habe es in der Halle draußen an die Wand gelehnt . . .“

„War der Karabiner geladen?“

„Bestimmt nicht! Ich hatte drei Rahmen Patronen in meine Jagdpatronen gestellt.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Herr auf Rassehne

Roman von Hans Richter

(Runddruck verboten)

Der Sanitätsrat zündet sich unständlich eine Zigarette an. „Na?“

Für eine Frau, die eben Witwe geworden ist, war diese Frau von Raylass rechtlich gefaßt.“

„Alter Verdachthaft!“

„Du Jungen kommen ja die Weiber in die Schenke, Georgi. Haben Sie mal was über die Ehe lauteten? War die glücklich?“

„Die Exzellenz hab ich ab und an verarztet; neulich mal wieder. Die schwärmt für ihre Schwiegertochter.“

„Geldheirat?“

„Im Gegenteil!“

„Also Liebe?“

„Sagen wir mal: Gewohnheit! Sie kannten sich seit

„Ich kenne meine Wirtschafterin auch seit Jahren, aber seit sie nicht. Gewohnheit ist kein Grund.“

„Sie sollten sich mehr um den Landadel und seine Anstrengungen kümmern, lieber Boedecker! Da gibt es noch“

„Als da sind: Pflichtgefühl, Festhalten am einmal getroffenen Wort, nicht zuletzt auch die pommerische Disziplinität.“

Der Oberstaatsanwalt schüttet. „Die kenn' ich, weiß von den Bauern!“

„Bauer und Bauer ist eins. Ob einer nun neuer oder ein alter Rittergut — der Dietlopis bleibt.“

„Nehmen wir also, in Ermangelung eines besseren Vorschlags, auch hier Dietlopfigkeit als Ehemotiv an!“

„Aber auch damit kommen wir nicht.“

Auf Rassehne tritt Ihnen Heino bereits in der Halle auf, bittet die Herren in sein Arbeitszimmer und lädt sie einzutreten.

„Wenn ich Ihnen irgendwie behilflich sein kann?“

Boedecker geht mitten in die Sache. „Wollten Sie uns den Besuch des Herrn von Raylass beschreiben, Herr von Karzin?“

Heino versteht zwar nicht, was das mit der Mordwache

zu tun hat, aber er spricht. „Der Besuch wurde mit gegen

